Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Zum Demografiegipfel in Berlin
2. Christoph Butterwegge: Von der Teilprivatisierung zur Altersarmut
3. Neues Buch über die Kanzlerin: Aktenzeichen Angela M. ungelöst
4. Halbgare Beschlüsse der EU-Finanzminister gegen Steuerflucht
5. Das deutsche Diktat – Deutschland ist nicht der Weltpolizist, aber der Geldpolizist Europas
6. Land “gerettet”, Volk verraten
7. Inflationsrate hat sich weiter abgeschwächt
8. Nietzsche’s Marginal Children: On Friedrich Hayek
9. Hungerlohn am Fließband – Wie Tarife ausgehebelt werden
10. US-Gericht gibt Agrarkonzern recht
11. EU-Verhandlungsmandat für die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA
12. Das Wunder von Mondragón?
13. Kompetenzsteamsmitglied Gesche Joost
14. Finnland: Gute Schule
15. Vor allem das Einkommen der Eltern entscheidet über Auslandsaufenthalte von Schülern
16. CHE-Hochschulranking 2013
17. Steffen Roski: Wie Bertelsmann funktioniert
18. Bespitzelung AP – Gezielte Einschüchterungsmaßnahme
19. Leserbriefe zu unserem Artikel „Rauchmelderpflicht: Lobbyisten sichern lukrative Profitquelle für ihre Klientel“

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Zum Demografiegipfel in Berlin**
   a. **“Da wird massiv Angst geschürt”**
   Beim heutigen Demografie-Gipfel ist die “Überalterung” ein Thema. Aber ist sie wirklich ein Problem? Nein, sagt Statistiker Bosbach im tagesschau.de-Interview.

Viele Gruppen hätten Interesse, hier gezielt Angst zu schüren – und Langfrist-Prognosen seien ohnehin abstrus.
tagesschau.de: Wer hat Interesse daran, dass wir vor dem demografischen Wandel vor allem Angst haben?
Bosbach: Da gibt es diverse Gruppen, und das macht die Sache auch so gefährlich. Die Arbeitgeber haben zum Beispiel ein großes Interesse daran, die Lohnnebenkosten zu senken. Die Beiträge für die Rente sind der größte Posten der Lohnnebenkosten. Ohne die Angst vor dem demografischen Wandel wären die Arbeitgeber nie aus der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung herausgekommen. Deswegen ist diese Angst schon bereits Ende der 1990er-Jahre massiv geschürt worden. Die arbeitgebernahe "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" gehörte zu den ersten treibenden Kräften, die die Demografie hof- und panikfähig gemacht haben.
Das Versicherungsgewerbe profitiert natürlich auch. Die gesetzliche Rentenversicherung mit ihren Staatszuschüssen macht ein Geschäft von über 250 Milliarden Euro aus, das lange am privaten Versicherungsmarkt vorbei lief. Seit 1999 wurde also massiv Einfluss genommen: auf den Finanzminister, den Wirtschaftsminister und die Bundestagsausschüsse. Nachdem die Riester-Rente beschlossene Sache war, gingen die Parteispenden der Versicherungen wieder zurück. Und für die Politiker ist der demografische Wandel die willkommene Universalentschuldigung für alles, was schief läuft.
Quelle: tagesschau.de

b. **"Die Kinder, die wir haben, müssen wir vernünftig ausbilden"**
Leere Rentenkassen, verarmte Greise, verlassene Spielplätze: "Demografischer Wandel" ist ein Begriff, der sich in den letzten Jahren zumindest in Deutschland zu einem Synonym für "düstere Zukunft" entwickelt hat. Die Wandlung unserer Gesellschaftsstruktur und wie man dieser Entwicklung begegnen kann – das ist das große Thema auf dem zweiten Demografiegipfel in Berlin. Professor Gerd Bosbach ist Mathematiker und Sozialwissenschaftler an der FH Koblenz und hat sich darauf spezialisiert, missverständliche Statistiken zu entlarven. Dass unsere Gesellschaft altert, stellt er nicht in Abrede – doch im Interview mit MDR INFO erklärt er, warum man das Thema in seinen Augen falsch anpackt…
Da gehen die Leute gern hin und sagen: Die Demografie ist an allem Schuld. Dass die Demografie kein Grund zur Panik ist, das hat das letzte Jahrhundert gezeigt. In dem sind wir massiv älter geworden, um über 30 Lebensjahre. Der Anteil der Jugend hat sich halbiert, der Anteil der Rentner vervierfacht. Und all das hat nicht dazu geführt, dass die Welt zu Grunde geht – sondern dass wir den Sozialstaat ausbauen konnten, den Wohlstand steigern und dabei sogar noch die

Arbeitszeit verkürzen…
Ich habe da auch zwei ganz direkte Lösungsvorschläge. Der erste ist, nicht ständig über zu wenige Kinder zu jammern, sondern die, die wir haben, wirklich vernünftig auszubilden. Das geschieht fast nirgendwo. Und der zweite Vorschlag wäre direkt an die Arbeitgeber: Jungen Leuten nur Zeitverträge anzubieten, das heißt auf gut deutsch sie aufzufordern, keine feste Beziehung einzugehen und keine Kinder zu zeugen…
Wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach weniger Menschen in Deutschland haben. Und wenn der Reichtum größer wird und die Anzahl der Esser weniger – dann kann eigentlich jeder ein Stück mehr bekommen. Da ist eine der Ursachen. Und eine ganz wichtige Ursache zur Verteilung dieses Reichtums, bezüglich der Rente, ist, dass die Sozialsysteme aktualisiert werden müssen.
Quelle: mdr info

c. **Demografiegipfel als Wahlkampfveranstaltung**
Es ist schon schlau, einer Wahlkampfveranstaltung ein gewichtiges Label zu geben – so verkauft sie sich besser und ist auch nicht sofort als solche erkennbar. Und die Bundesregierung hat sich auch dieses Mal, beim Thema Demografie für "Gipfel" entschieden. Das kennt der Bürger schon von der Euro-Rettung – und es klingt irgendwie nach hehren Zielen, nach Lösung. Dass es auch schon der zweite ist – bereits im Oktober vergangenen Jahres traf man sich zum ersten Demografie-Gipfel – lässt das Ganze auch noch nach Fortschritt klingen.
Aber leider ist es bei genauerer Betrachtung eben nur: eine Wahlkampfveranstaltung, ein Forum, bei dem die Minister und Ministerinnen noch mal präsentieren können, was sie in den vergangenen vier Jahren aus ihrer Sicht Tolles auf den Weg gebracht haben. Und dabei ist das Thema dafür wirklich zu wichtig und zu drängend.
Quelle: DLF

2. **Christoph Butterwegge: Von der Teilprivatisierung zur Altersarmut**
Um die Jahrtausendwende setzte sich mit dem Neoliberalismus auch hierzulande eine Wirtschaftstheorie, Sozialphilosophie und politische Zivilreligion durch, die in allen Lebensbereichen marktradikale Lösungen präferierte, den Wohlfahrtsstaat als bürokratischen Moloch dämonisierte sowie mit Begriffen wie »Privatinitiative«, »Eigenverantwortung« und »Selbstvorsorge« das Modell einer kapitalgedeckten Altersvorsorge propagierte. Der frühere IG-Metall-Funktionär Walter Riester, Arbeits- und Sozialminister im ersten Kabinett von Gerhard Schröder, begründete die Notwendigkeit einer radikalen Strukturreform damit, daß man den drohenden Anstieg des Rentenversicherungsbeitrags als Schlüsselelement der »Lohnnebenkosten« in Deutschland verhindern müsse, sowie mit im Gefolge des demografischen Wandels

absehbaren Kostensteigerungen. (…) Durch den 11. September 2001 und seine Folgen für die Aktienmärkte, noch mehr jedoch durch die Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise, deren Verwerfungen fast alle Länder der Welt erfaßten, wandelten sich die Rahmenbedingungen für solche Reformen tiefgreifend. Ausgerechnet zu ihrem zehnjährigen Jubiläum geriet die Riester-Rente wegen enttäuschender Renditen in Verruf. (…) Seither befindet sich das Kapitaldeckungsprinzip in einer Akzeptanz- beziehungsweise Legitimationskrise, die alle weiteren Debatten über Reformen der Alterssicherung maßgeblich beeinflussen dürfte. Kapitalmarktrisiken überlagern und verstärken demografische Probleme, lösen oder lindern diese aber nicht. Ähnliches gilt auch für eine staatlich geförderte private Pflegezusatzversicherung (auch »Pflege-Bahr« genannt), mit der die CDU/CSU/FDP-Regierung künftige Beitragssatzsteigerungen in der Sozialen Pflegeversicherung auffangen will. Wenn sich die Turbulenzen im Euro-Raum zuspitzen, könnte das Umlageverfahren der Gesetzlichen Rentenversicherung einen weiteren Vorteil gegenüber der Kapitaldeckung offenbaren, ist diese doch im Unterschied dazu nicht inflationsgeschützt.
Quelle: Ossietzky

3. **Neues Buch über die Kanzlerin: Aktenzeichen Angela M. ungelöst**
Warum spricht sie so gut Russisch? Und was hat sie als FDJ-Funktionärin getrieben? Ein neues Buch über Angela Merkel sucht nach Antworten. Doch bei der Spurensuche im DDR-Leben der Kanzlerin sind die Fakten eher dünn. […]
In Sachen Merkel förderten die beiden Autoren kaum Neues ans Tageslicht, weshalb das Wenige mit Deutungen versehen wird, die aus Mücken Elefanten machen. Merkels frühe Liebe zur russischen Sprache wird derart aufgepäppelt. Die Logik geht ungefähr so: Merkel hat nicht nur gut Russisch gesprochen. “Sie lernte mit Begeisterung Russisch.” Sie sei durch die Sowjetunion gereist und habe in Georgien auch nach Gori gewollt. Gori? Die Autoren klären auf: “in die Geburtsstadt Stalins”.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung JB: *Bemerkenswert! SPIEGEL Online hat entdeckt, dass es beim Thema DDR-Vergangenheit auch Fairness geben kann. Das ist löblich. Hoffen wir, dass SPON diese Lektionen auch beherzigt, wenn es um die DDR-Vergangenheit von Politikern aus dem linken Lager geht.*

4. **Halbgare Beschlüsse der EU-Finanzminister gegen Steuerflucht**
Heute haben es die EU Finanzminister wegen des Widerstands aus Österreich und Luxemburg wieder nicht geschafft, eine Einigung über den seit 2008 vorliegenden Revisionsvorschlag zur Zinsrichtlinie erzielen. Der Richtlinienvorschlag soll

Schlupflöcher schließen, die es Steuerhinterziehern ermöglicht haben, sich mittels Kapitalgesellschaften und Stiftungen vor ihrer Steuerpflicht zu drücken. Die Entscheidung ist jetzt bis mindestens zum Treffen der Regierungschefs kommende Woche vertagt worden.
Der Europäischen Kommission haben die Finanzminister jedoch ein Mandat gegeben, die mit der Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino 2004 geschlossenen Abkommen zur Besteuerung von Zinseinkünften neu zu verhandeln. Die bilateralen Abkommen sollen aktualisiert werden, um die genannten Schlupflöcher zu schließen. Österreich und Luxemburg haben die Aktualisierung der Abkommen zur Voraussetzung gemacht, bevor sie von ihrem eigenen Bankgeheimnis abrücken. Bisher hatten sie auch die Neuverhandlung der Abkommen abgelehnt.
Sven Giegold, wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament kommentiert die Entwicklung:
"Die EU Finanzminister sind wieder gescheitert einen entscheidenden Schritt gegen die Steuerflucht nach vorne zu machen. Nachdem jetzt zu lange schon auf die Steueroasen Luxemburg und Österreich gewartet wurde, muss die Bundesregierung jetzt voran gehen. Wir können uns diese Aufschieberei nicht länger leisten, Bundeskanzlerin Merkel muss den Kampf gegen Steueroasen zur Chefsache machen. Die Bundesregierung muss nun zeigen, dass sie den Kampf gegen Steuerflucht mindestens genauso ernst nimmt, wie ihre Sparpolitik. Beim Treffen der Regierungschefs kommende Woche muss sie sich durchsetzen und den automatischen Informationsaustausch zum neuen globalen Standard machen.
Quelle: Sven Giegold

Anmerkung WL: *Sven Giegolds unerschütterlichen Optimismus in Ehren, aber wie sollte gerade die Bundesregierung, die sich (siehe Steuerabkommen mit der Schweiz) immer als Bremser im Kampf gegen die Steuerflucht erwiesen hat, nun plötzlich vorangehen?*

5. **Das deutsche Diktat – Deutschland ist nicht der Weltpolizist, aber der Geldpolizist Europas**
   Gekürzte Renten, schrumpfende Einkommen und steigende Arbeitslosenzahlen: Die Portugiesen leiden unter der europäischen Sparpolitik. Immer häufiger ist vom deutschen Diktat, fehlender Solidarität und historischen Vorhaltungen zu hören.
   Quelle: DLF
6. **Land "gerettet", Volk verraten**
   Die Eurogruppe hat neue Hilfskredite für Portugal durchgewunken. 2,1 Mrd. Euro soll das Land aus dem Rettungsfonds ESM erhalten. Im Gegenzug wurden brutale

Sparmaßnahmen beschlossen, gegen die Griechenland wie ein Paradies aussieht. Doch die konservative Regierung hörte weder auf Volk noch auf die Richter – und tat, wie ihr von der Troika befohlen: sie ersetzte die kassierten einfach durch neue Maßnahmen. Bis 2015 sollen sie 4,8 Mrd. Euro einsparen.
Hier der neue Katalog der Grausamkeiten:

- 30.000 Stellen im Staatsdienst fallen weg (also mehr als im viel größeren Griechenland)
- Die Wochenarbeitszeit wird auf 40 Stunden verlängert (was natürlich die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt verringert und die Arbeitslosigkeit erhöht)
- Das Renteneintrittsalter wird auf 66 Jahre angehoben (ein toller "Beitrag" zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit)
- Die Rentner werden über eine Sonderabgabe belastet (auf Zypern hatte die Eurogruppe einen Griff in die Pensionskassen noch abgelehnt)

Quelle: Lost in EUrope

7. **Inflationsrate hat sich weiter abgeschwächt**
Die Verbraucherpreise in Deutschland erhöhten sich im April 2013 gegenüber April 2012 um 1,2 %. Die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex – hat sich damit weiter abgeschwächt (März 2013: + 1,4 %). Eine niedrigere Teuerungsrate wurde zuletzt im August 2010 mit + 1,0 % ermittelt. Im Vergleich zum Vormonat März 2013 sank der Verbraucherpreisindex im April 2013 um 0,5 %.
Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung bei Kraftstoffen und leichtem Heizöl hätte die Inflationsrate im April 2013 bei + 1,7 % gelegen. Energie verteuerte sich insgesamt im April 2013 gegenüber April 2012 um 0,4 %. Während die Preise für Mineralölprodukte sanken, stiegen hingegen die Preise für andere Haushaltsenergieprodukte teilweise erheblich (zum Beispiel Strom: + 12,4 %)…
Die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich im April 2013 gegenüber April 2012 für die Verbraucher spürbar, und zwar um 4,1 %. Teurer binnen Jahresfrist wurden vor allem Obst (+ 7,6 %) und Gemüse (+ 7,1 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+ 5,4 %). Auch bei allen anderen Nahrungsmittelklassen lagen die Preissteigerungen über der Gesamtteuerung (zum Beispiel Brot und Getreideerzeugnisse: + 2,4 %).
Quelle: Statistisches Bundesamt

Siehe auch: **Das Preis-Kaleidoskop**

Die Veränderung der Preise für Gütergruppen
Quelle: Statistisches Bundesamt

8. **Nietzsche's Marginal Children: On Friedrich Hayek**
It would be a mistake to draw too sharp a line between the marginal children of Nietzsche —with political man on one branch of the family tree, economic man on the other. Hayek, at times, could sound the most Schmittian notes. At the height of Augusto Pinochet's power in Chile, Hayek told a Chilean interviewer that when any "government is in a situation of rupture, and there are no recognized rules, rules have to be created." The sort of situation he had in mind was not anarchy or civil war but Allende-style social democracy, where the government pursues "the mirage of social justice" through administrative and increasingly discretionary means. Even in The Constitution of Liberty, an extended paean to the notion of a "spontaneous order" that slowly evolves over time, we get a brief glimpse of "the lawgiver" whose "task" it is "to create conditions in which an orderly arrangement can establish and ever renew itself." ("Of the modern German writings" on the rule of law, Hayek also says, Schmitt's "are still among the most learned and perceptive.") Current events seemed to supply Hayek with an endless parade of candidates. Two years after its publication in 1960, he sent The Constitution of Liberty to Portuguese strongman António Salazar, with a cover note professing his hope that it might assist the dictator "in his endeavour to design a constitution which is proof against the abuses of democracy." Pinochet's Constitution of 1980 is named after the 1960 text.
Still, it's difficult to escape the conclusion that though Nietzschean politics may have fought the battles, Nietzschean economics won the war. Is there any better reminder of that victory than the Detlev-Rohwedder-Haus in Berlin? Built to house the Luftwaffe during World War II, it is now the headquarters of the German Ministry of Finance.
Quelle: thenation

Anmerkung unseres Lesers M.L.: *Das Verdienst dieses – zugegebenermaßen etwas akademischen – Artikels liegt darin, dass er die anti-demokratische Infrastruktur grundlegender neo-liberaler Denkfiguren freilegt.*

9. **Hungerlohn am Fließband – Wie Tarife ausgehebelt werden**
Gleiche Arbeit – weniger Geld. Die gute Beschäftigungslage in Deutschland hat eine Schattenseite, denn der sogenannte Niedriglohnsektor breitet sich zunehmend aus, d. h. immer mehr Menschen können von ihrem Lohn nicht leben, auch wenn sie Vollzeit arbeiten.
Quelle: ARD Mediathek
10. **US-Gericht gibt Agrarkonzern recht**

Der Oberste Gerichtshof der USA hat einem Farmer untersagt, gentechnisch verändertes Saatgut des Konzerns Monsanto nachzuzüchten, statt es für jede Aussaat neu zu kaufen. Das Gericht stärkt damit den Patentschutz auf Saatgut – und die Marktmacht des Agrarriesen, der bereits Hunderte Prozesse gegen Farmer gewonnen hat…
Farmer Vernon Bowman habe jahrelang gegen das Patentrecht des Konzerns verstoßen, weshalb die von niedrigeren Gerichten verhängte Strafe in Höhe von 85.000 Dollar an Monsanto rechtens sei.
Der Farmer hatte zwar für seine erste Aussaat das gentechnisch veränderte Soja-Saatgut von Monsanto gekauft. Aber für die riskantere zweite Aussaat im Sommer hatte sich der Farmer günstigere Sojabohnen aus einem Gemeinschafts-Futtersilo besorgt – wohlwissend, dass diese Sojabohnen auch gegen Unkrautvernichtungsmittel resistent sind.
Denn mittlerweile stammen 90 Prozent aller Sojabohnen in den USA aus gentechnisch veränderter Monsanto-Saat. "Wäre Bowman eine Ausnahme bewilligt worden, dann hätten Patente auf Saatgut nur noch wenig Wert", urteilten Amerikas oberste Richter. Ohne strengen Patentschutz könne Monsanto kaum Geld einnehmen, weil dann andere Firmen das Produkt nachahmen.
Quelle: tagesschau.de

11. **EU-Verhandlungsmandat für die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA**
Quelle: Generalsekretär der Europäischen Union [PDF – 230 KB]

Anmerkung WL: *Das Verhandlungsmandat bezieht sich ausschließlich auf die Welthandelsorganisations- (WTO)-Regeln und berücksichtigt das UNESCO-Abkommen über den Schutz „kultureller Vielfalt" nicht. Die Vorbereitungen auf die Verhandlungen vollziehen sich weitgehend hinter den Kulissen. Es ist keineswegs sichergestellt, dass auch in Zukunft öffentliche Kulturförderung oder der öffentlich-rechtliche Rundfunk künftig nicht eine unzulässige Diskriminierung darstellen. Kulturgüter, kulturelle Dienstleistungen, Rundfunk oder Telemedien würden so zur reinen Handelsware.*

12. **Das Wunder von Mondragón?**
Beteiligung, Teilhabe, soziale Verantwortung und Innovation, das sind die Werte, die sich der Genossenschaftsverband Corporación Cooperativa Mondragón – kurz MCC – in der gleichnamigen baskischen Kleinstadt auf die Fahnen geschrieben hat.
Nicht für einen Unternehmer oder Aktionäre wird hier gearbeitet, sondern seit der Gründung 1956 bestimmen die Genossen selbst über die Firmenpolitik und darüber,

wohin die Gewinne fließen sollen: in den Kapitalstock der MCC, in Bildung und für soziale Zwecke der Kommune.
Der Rest wird an die Beschäftigten ausgeschüttet. Während anderswo im Zuge der Globalisierung entlassen wurde, sind hier – trotz neuer Produktionsstätten in Fernost, Südamerika und Europa – neue Arbeitsplätze entstanden.
In den letzten 20 Jahren hat sich die Anzahl der Arbeitskräfte vervierfacht. 84.000 Menschen arbeiten für den Genossenschaftsverbund. Davon 64.000 allein in Spanien.
Dass demokratische Wirtschaftsstrukturen und erfolgreiches Agieren auf einem globalisierten Markt kein Widerspruch sein müssen, dafür ist Mondragón ein Beispiel.
Quelle: DLF

13. **Kompetenzsteamsmitglied Gesche Joost**
Gesucht – gefunden: Warum passen Sie zur Telekom?
Gesche Joost: Weil mich neue Formen des miteinander Arbeitens, Denkens und Diskutierens interessieren. In meiner Arbeit für die Telekom geht es darum, Partizipation und Vielfalt umzusetzen. Genau das erproben wir im Rahmen der Public Private Partnerships zwischen den Telekom Innovation Labs (T-Labs) und der Berliner Universität der Künste.
Quelle: Telekom

Anmerkung WL: *Gesche Joost soll ja im Kompetenzteam Steinbrücks für Innovation und für das digitalisierte Leben stehen, da fällt ihr nichts Besseres ein als die abgestandene Private Public Partnership zu loben. Privatisierung soll also der Weg in die vernetzte Gesellschaft sein.*
Typischerweise sitzt sie auf einer Stiftungsprofessur der Telekom: „In Kooperation mit den Deutsche Telekom Laboratories hat die UdK Berlin den neuen Fachbereich für Designforschung eingerichtet, der von Prof. Dr. Gesche Joost geleitet wird und an das Institut für Produkt- und Prozessgestaltung der Fakultät Gestaltung der UdK Berlin angegliedert ist."
So sehen also die Netzwerke in der „vernetzten Gesellschaft" aus: Hochschulen als verlängerte Werkbänke der Wirtschaft.

14. **Finnland: Gute Schule**
Finnlands Erfolge beruhen auf einem Bildungssystem, das allen die gleichen Chancen gibt. Der finnische Erfolg beruht zuallererst auf dem nordischen Wohlfahrtsstaatsmodell. Als Pasi Sahlberg, Autor, Lehrercoach und Direktor des in Helsinki ansässigen Centre for international mobility and cooperation (CIMO), bei einem Podiumsgespräch des US-Senders PBS aufgefordert wurde, Finnlands pädagogisches Rezept zu verraten, antwortete er mit strahlendem Lächeln: "Zuerst

einmal ist bei uns die Schule für alle kostenlos, von der Vorschule bis zur Universität!" Damit erübrigte sich jeglicher Vergleich mit dem US-amerikanischen Modell. In Finnland ist nicht nur der Unterricht gratis. Bis zum Alter von 16 Jahren wird auch das Schulmaterial aus den öffentlichen Kassen bezahlt, ebenso wie Nachhilfeunterricht, Schulbusse, Schulessen und Gesundheitsausgaben. Die Finanzierung tragen mehrheitlich die 336 Kommunen, der Staatshaushalt sorgt dabei für die Harmonisierung der Unkosten. Die reichste Gemeinde – Espoo nahe Helsinki – wird nur mit einem Prozent bezuschusst, während es sonst im Durchschnitt 33 Prozent der Kosten(5) sind – bei manchen Kommunen sogar bis zu 60 Prozent. Die Zentralregierung verhindert auch die Gründung von Privatschulen, die seit den 1970er Jahren fast komplett verschwunden sind.(6) Eine Ausnahme bilden Einrichtungen mit alternativen pädagogischen Konzepten wie Waldorf- oder Montessori-Schulen, die von Vereinen getragen werden. Diese umfassende staatliche Finanzierung scheint nicht einmal besonders kostspielig zu sein, im Gegenteil. Gemessen an der Kaufkraft gibt Finnland weniger Geld pro Grund- und Mittelschüler aus als der Durchschnitt der OECD-Staaten und viel weniger als die USA oder Großbritannien.(7) Der Schwerpunkt lag und liegt auf dem guten Personalschlüssel und der Eignung und Ausbildung der angehenden Lehrer, die sich zum Beispiel mindestens ein Jahr lang, unabhängig von ihrem Fach, nur mit Methodentraining beschäftigen. Der Lehrerberuf ist in Finnland hoch angesehen und auch begehrt, obwohl die Ausbildung relativ lange dauert (allein das Studium beansprucht mindestens fünf Jahre) und die Gehälter im Großen und Ganzen dem OECD-Durchschnitt entsprechen. Nur einer von zehn Lehramtsanwärtern erreicht sein Ziel.
Quelle 1: Le Monde diplomatique
Quelle 2: Le Monde diplomatique
Quelle 3: Le Monde diplomatique

Anmerkung Orlando Pascheit: *In Finnland schließt die Mehrheit (etwa doppelt so viel wie in Deutschland) der Jugendlichen die Schule mit der Hochschulreife ab, während in Deutschland Stimmen laut werden, welche eine Gymnasialquote von 20 Prozent und eine Studierquote 20 Prozent eines Altersjahrgangs fordern. Besonders ärgerlich wird es, wenn dann Fachleute wie Elsbeth Stern auf das Beispiel Finnland hinweisen, dass die Kinder dort bis zum Alter von 15 Jahren gemeinsam eine Schule besuchen und dann ausgesiebt werden. Sie weiß offensichtlich nicht, dass die Schüler nach der neunjährigen Gemeinschaftsschule entweder an das Gymnasium oder an die Berufsschule wechseln, an der sie allerdings auch das Abitur machen können. Ferner wird die Zulassung zum Studium an allen finnischen Universitäten durch eigene Aufnahmetests und Vorstellungsgespräche geregelt, was die Bedeutung des*

Abiturzeugnisses zusätzlich mindert. Ein Blick auf die Hochschulabschlüsse zeigt, innerhalb der Gruppe der 30 bis 34-Jährigen machen in Finnland 45, 8 Prozent der Bevölkerung und in Deutschland 31, 9 Prozent der Bevölkerung den Abschluss (eurostat für 2012). Und der Grund dürfte sehr wohl darin liegen, dass das finnische Schulsystem dafür sorgt, "dass es kaum kompetenzarme Schüler gibt und der Bildungserfolg der Kinder relativ stark von der Schicht der Eltern entkoppelt ist. Zu einem großen Teil liegt dies an der stark individualisierten schulischen Förderung." so Christian Ebner in der Zeit.
Natürlich hat Finnland z.B. den Vorteil einer viel geringeren Zuwanderung – in Helsinki ist allerdings bereits jeder 10 Schüler zugewandert. Aber auch hier schneiden finnische Migrantenkinder bei den PISA-Tests besser ab als in der gesamten OECD, weil auch hier Finnland einen anderen Weg geht: "Alle ausländischen Schüler erhalten wöchentlich zwei Stunden Unterricht in ihrer Muttersprache. Untersuchungen in Finnland haben ergeben, dass die Zielsprache leichter gelernt werden kann, wenn die Kinder ihre Muttersprache beherrschen und pflegen und ihre Herkunftskultur gewürdigt sehen. Sie verfügen über Vorteile bei der Begriffsbildung, die ihnen beim Erlernen der Zielsprache zugutekommen. In der Zielsprache (Finnisch als Fremdsprache) erhalten sie verstärkten Unterricht im Vergleich zu ihren Mitschülern. Ebenso findet an der eigenen Schule Religionsunterricht in der jeweiligen Konfession statt. Für den muttersprachlichen Unterricht und für den Religionsunterricht werden entsprechende Lehrer – meist selbst Migranten mit pädagogischer Ausbildung in ihrem Heimatland – stundenweise beschäftigt. Diese sind dann meistens an verschiedenen Schulen tätig. Auffallend war für uns, Kleinste Gruppen (also Unterricht für 2 oder 4 Schüler) werden in Finnland selbstverständlich in Kauf genommen" so Renate Hendricks auf ihrer Website.
Natürlich ist Finnland auch nicht völlig gegen neoliberalen Zeitgeist gefeit. So wurde über Rankings der Wettbewerb zwischen den Schulen gefördert. Bemerkenswert ist allerdings, dass die Eltern inzwischen gegensteuern. So spricht sich der Vorsitzende des Landeselternverbands, Tuomas Kurttila, gegen die freie Schulwahl aus. Sie fördere die Ungleichheit und die gesellschaftliche Spaltung Finnlands.

15. **Vor allem das Einkommen der Eltern entscheidet über Auslandsaufenthalte von Schülern**
Sechs Prozent dieser Jugendlichen verbrachten einen Teil ihrer Schulzeit im Ausland. Die Ergebnisse wurden in der jüngsten Ausgabe der renommierten „Zeitschrift für Soziologie" veröffentlicht.
Die Studie zeigt: Kinder aus höheren Schichten haben deutlich bessere Chancen, eine Zeit im Ausland zu verbringen als Jugendliche aus niedrigen Schichten. Vor allem die

materiellen Ressourcen des Elternhauses spielen eine zentrale Rolle bei der Entscheidung, den Nachwuchs ins Ausland zu schicken und damit dessen Chancen auf dem Arbeitsmakt zu erhöhen. „Die Kosten eines solchen Aufenthalts belaufen sich auf durchschnittlich etwa 9.000 Euro pro Jahr. Das können sich nur wohlhabendere Familien leisten, zumal es kaum Stipendien gibt “, erklärt Jürgen Gerhards.
In Deutschland hat sich die Zahl der von etwa 60 Anbietern organisierten Auslandsaufenthalte für Schülerinnen und Schüler von 2001 bis 2011 von 14.000 auf 19.000 erhöht.
Quelle: idw

16. **CHE-Hochschulranking 2013**
In diesem Jahr sah sich das CHE einer großen Zahl von Rankingverweigerern gegenüber – so verweigerten 53% der deutschen Geschichts-Fachbereiche eine Mitarbeit. Das war allerdings kein Grund, auf die Veröffentlichung online und im ZEIT Studienführer zu verzichten: Indem “einfach” vermehrt auf öffentlich verfügbare Daten zurückgegriffen wurde, werden nun sogar die Verweigerer gerankt. Für die Studienwahl dürfte das zwanghafte Ranken des CHE immer weniger Sinn machen.
… viele Kriterien für sich können zwar gerankt werden, die Aussagekraft ist aber begrenzt. Denn bspw. kann ein Fachbereich zwar eine längere Durchschnittsstudiendauer haben, aber eben auch eine andere Struktur von Studierenden (bspw. mehr Studierende mit Kindern, bei denen wohl kaum jemand ein etwas längeres Studium erstaunlich findet), so dass am Ende keineswegs daraus gefolgert werden kann, dass für den einzelnen Studieninteressierten wirklich die Hochschule mit kürzerer Studiendauer “besser” ist…
Dieses Jahr gab es so viele Boykotteure wie noch nie. Beim bisherigen Vorgehen wären einige Ranking-Listen sehr kurz ausgefallen (wenn man alle Boykotteure weglässt) bzw. hätten sehr viele Leerstellen gehabt (Boykotteure ohne Daten auflisten). Also wurde stattdessen stärker auf allgemein zugängliche Daten zurückgegriffen und diese gerankt – und somit finden sich auch fast alle Verweigerer der 2013 neu bewerteten Fächer im neuen Ranking. Dazu hat das CHE im ZEIT Studienführer die ausgewiesenen Kriterien verändert. Insbesondere bei den Fächern mit vielen Boykotteuren darf man vermuten, dass die nun gewählten Kriterien keineswegs sinnvoller sind, sondern nur so genügend Ergebnisse zustande kommen konnten. Hauptsache Ranking, was offenbar das Motto ist.
Quelle: Studis Online

17. **Steffen Roski: Wie Bertelsmann funktioniert**
Bertelsmann ist ein mächtiger, milliardenschwerer Konzern, der anderen Playern der Kapitalseite seine Medienplattformen offeriert und diesen zugleich zu Lösungen bei der Abwicklung informationstechnologisch basierter Dienstleistungen und

Kundenkontakte verhilft. Haupteigentümerin der AG ist die öffentlich subventionierte Bertelsmann Stiftung. Die Bertelsmann Stiftung ist für die AG das, was einem Chemiekonzern beispielsweise eine Forschungs- und Entwicklungsabteilung ist. Dem Gütersloher Medien- und Dienstleistungskonzern dient sie vor allem dazu, Gegenwartstrends zu erspüren und auf der Grundlage wissenschaftlicher Expertisen mittel- und langfristig selbst gesellschaftlich-politische Entwicklungen mitzubestimmen…
Wenn die Stiftung in ihren Expertisen etwa die Privatisierung öffentlichen Eigentums (im Bildungswesen etwa) fordert, arbeitet sie dem Konzern unmittelbar zu, denn dieser ist über seine Medien- und Informationsdienstleistungssparten daran interessiert, seine Wertschöpfungsketten überall dorthin auszudehnen, wo sich Profite erzielen lassen. Viele Bürger beschleicht das Gefühl, demokratisch entmündigt zu sein. Viele Bürger sind deshalb beunruhigt und wütend. Konzerne wie Bertelsmann spinnen, von den Mainstream-Medien weitgehend unbeachtet, in Netzwerken der Macht und des Einflusses an einer „Post-Demokratie“, in der die Bürger nichts, die Konsumenten dagegen alles sind.
Quelle: Wissen schafft Gesellschaft

18. **Bespitzelung AP – Gezielte Einschüchterungsmaßnahme**
Bevor die Kommunikationsdaten eingesehen werden dürfen, müssen alle anderen ermittlungstechnischen Mittel ausgeschöpft sein. Dann muss der Justizminister persönlich die Ermittlungen abzeichnen. Und dann muss die betroffene Nachrichtenorganisation von der Maßnahme im Voraus in Kenntnis gesetzt werden. Das darf nur umgangen werden, wenn sonst die gesamte Ermittlung gefährdet wäre. Hohe Hürden also, die ihren Ursprung im Watergate-Skandal haben, als das Weiße Haus mit allen Mitteln versuchte, ein Leck in der Administration zu enttarnen.
Alle diese Hürden hat die Obama-Administration im Falle der AP-Überwachung umgangen, jeden juristischen Spielraum bis an die Grenze des eben noch Möglichen ausgereizt. Ob sie sie überschritten hat, wird wahrscheinlich ein Gericht entscheiden. Was Justizminister Holder und die Obama-Administration bereits jetzt überschritten haben, das ist die Grenze der Verhältnismäßigkeit.
Quelle: DLF
19. **Leserbriefe zu unserem Artikel „Rauchmelderpflicht: Lobbyisten sichern lukrative Profitquelle für ihre Klientel“**
Zu unserem Artikel „Rauchmelderpflicht: Lobbyisten sichern lukrative Profitquelle für ihre Klientel“ http://www.nachdenkseiten.de/?p=17238 erreichten uns zwei kritische Leserbriefe, die wir Ihnen nicht vorenthalten wollen:
    - Brief unseres Lesers M.L [PDF – 30 KB]

- Brief unseres Lesers M.La. [PDF – 65 KB]